

Pressemitteilung der Bürgerallianz Thüringen zu „Jenaer Straßenausbaubeiträge abschaffen – und dann?“ (= Artikel aus der *Thüringischen Landeszeitung – Lokalausgabe Jena vom 23. Mai 2015*)

Die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen hat der Berliner Senat bereits 2012 per Gesetz in Berlin mit der Zustimmung von CDU, SPD, Linke und Piraten beschlossen. In Baden-Württemberg werden schon seit Jahrzehnten keine Straßenausbaubeiträge (SAB) erhoben. Diese Beispiele machen deutlich, dass eine Abschaffung möglich ist. Die Bürgerallianz hat in einer Stellungnahme gegenüber dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) deutlich gemacht, die Straßenausbaubeiträge und die Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen per Gesetz abzuschaffen. Dazu ist eine Änderung des ThürKAG und weiterer Gesetzesnormen, wie z.B. die ThürKO, durch die Landesregierung zu initiieren und durch den Thüringer Landtag zu ändern. Die Finanzierung der Straßenausbaumaßnahmen erfolgt zukünftig über die Steuereinnahmen der Grundsteuer. Die Bürgerallianz spricht nicht von einer Erhöhung der Grundsteuer. Diese muss nur, wie es übrigens der Gesetzgeber von Anfang an wollte, zweckgebunden angewendet werden.

Fragt eigentlich jemand, was mit den vielen Grundstückseigentümern ist, die keine Vermietung haben? Fragt eigentlich jemand, warum nicht derartige Zwangsbeiträge für die Müllabfuhr erhoben werden? Entsteht nicht dort auch ein „besonderer Vorteil“, wie es die Juristen immer wieder sagen? Ein besonderer Vorteil existiert nicht, weil die Straße von jedem genutzt werden kann, auch von Versorgungsträgern der Stadtwerke. Eine unnötige Diskussion zwischen Grundstückseigentümer und Mieter, nach dem Motto „Teile und Herrsche“ ist hausgemacht, falsch und unnötig.

Die Wahrheit ist doch, dass derzeit bei der Erhebung der Straßenausbaubeiträge die Vermieter sich das Geld oft über eine Erhöhung der Kaltmiete schon jetzt zurück holen und ihnen die nötigen Mittel für notwendige Investitionen fehlen. Die Stadt Jena hat doch selbst mit einer Untersuchung nachgewiesen, dass der Aufwand für die Erhebung von SAB in keinem Verhältnis zu den Einnahmen steht. Ein hoher Verwaltungsaufwand, Kosten für Gutachten, Rechtsanwaltskosten, Kosten der Widerspruchsbehörden und der Gerichte sowie der Ärger der Grundstückseigentümer sprechen auch für die Abschaffung der SAB.

Vor einer weiteren Diskussion über die Abschaffung der SAB und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen muss aus unserer Sicht schon in 2015 dringend die Rückwirkung dieser Beiträge durch den Thüringer Landtag geändert werden. Die Bürgerallianz Thüringen spricht sich für ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes zur Begrenzung der Erhebung von Straßenausbau- und Abwasserbeiträgen aus. Dabei sollte die Festsetzungsfrist künftig gemäß Abgabenordnung vier Jahre betragen. Grundstückseigentümer und Kommunen benötigen bis zu einer Entscheidung zur Abschaffung SAB und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen zumindest eine Klärung zur Rückwirkung, auch die Beitragsabteilung des Kommunalservice Jena.

gez.

Wolfgang Kleindienst

Landesvorsitzender/Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.